

Anfrage

der Abgeordneten Helga Krismer-Huber an Herrn Landesrat Wolfgang Sobotka gem.
§ 39 Abs. 2 LGO 2001

betreffend „Land Niederösterreich Finanz- und Beteiligungsmanagement GmbH., Fibeg“

Begründung:

Der internationale Kapitalmarkt ist seit gut einem Jahr, ausgehend von der amerikanischen „**Subprime-Krise**“ unter starken Druck geraten. Zahlreiche Unternehmen und Banken mussten in Folge Konkurs anmelden. Am 7. September 2008 wurde in Folge von Liquiditätsengpässen die weltweit größte Hypothekenbank Fannie Mae unter die staatliche Aufsicht der FHHF (Federal Housing Finance Agency) gestellt.

Im US-Finanzsektor ist es zuletzt am 15.9.2008 zu massiven Umwälzungen gekommen. Nachdem Rettungsversuche gescheitert waren, erklärte sich die krisengeschüttelte US-Investmentbank Lehman Brothers für insolvent. Fast zeitgleich gab einer der potenziellen Käufer des Kreditinstituts, die Bank of America, die Übernahme des Konkurrenten Merrill Lynch für 50 Milliarden US-Dollar (35,5 Mrd. Euro) bekannt. Experten erwarten bei einem Konkurs der traditionsreichen US-Bank Lehman Brothers weitere massive Turbulenzen im US-Finanzsektor, der nicht ohne weitere Auswirkungen auf den europäischen Finanzmarkt bleiben dürfte.

Die Verluste der zahlreichen Bankinstitute von Merrill Lynch bis Citigroup, vom Schweizer Institut UBS bis zur Sachsen LB dürfen als bekannt vorausgesetzt werden.

Das Land Niederösterreich hat Wohnbauförderungsdarlehen an Privatpersonen, Wohnbaugesellschaften und Gemeinden vergeben, die hypothekarisch besichert sind. Gläubiger ist das Land Niederösterreich.

Mit Landtagsbeschluss vom 28.6.2001 wurde der Verkauf von insgesamt 166.103 Wohnbauförderungsdarlehen mit einem Volumen von rund 4,7 Milliarden Euro genehmigt (1. Tranche). Der erzielte Nettoverkaufserlös betrug 2,442 Milliarden Euro, dieser wurde durch die Fibeg veranlagt.

Mit Landtagsbeschluss vom 25.1.2007 wurde die Verwertung von weiteren rund 33.000 Wohnbauförderungsdarlehen (2. Tranche) mit einem Nominale von 2 Milliarden Euro und die Veranlagung des Verwertungserlöses durch die Fibeg genehmigt. Somit spekuliert die Fibeg auf dem freien, internationalen Finanzmarkt im Auftrag des Landes und mit Zustimmung des Landtages mit Landesvermögen in der Höhe von rund 4,5 Milliarden Euro.

Aus diesen Veranlagungen, die im Rahmen eines aktiv verwalteten Portfolios erfolgen, sollen dem Land NÖ jährliche budget- und maastrichtwirksame Einnahmen zufließen. Im Jahr 2002 wurden 545 Millionen Euro an das Land ausgeschüttet, ein

Betrag der zweckgebunden vom Land einem „Versorgungs- und Unterstützungszweck“ zugeordnet werden muss.

Die Gefertigte stellt daher an Landesrat Wolfgang Sobotka folgende

Anfrage

- 1) Wie hoch waren die Ausschüttungen aus Erträgen dieser Veranlagungen an das Land in im Jahr 2007?
- 2) Hat es im Laufe des September 2008, in dem neuerlich Turbulenzen am Kapitalmarkt aufgetaucht sind Veränderungen in der Zusammensetzung des Portfolios gegeben?
- 3) Welche konkreten Schritte wurden zuletzt unternommen, um auf die jüngsten Entwicklungen des Kapitalmarktes zu reagieren und um ein etwaiges Risiko die Kapitalentwicklung der Veranlagung betreffend, zu minimieren?
- 4) Welchen rechnerischen Wert hatte das Portfolio am 31.12.2007?
- 5) Welchen rechnerischen Wert hatte das Portfolio am 30.06.2008?
- 6) Ist eine tagesaktuelle rechnerische Bewertung des Portfolios möglich?
- 7) Welchen aktuellen rechnerischen Wert hat das Portfolio derzeit?
- 8) Wie hoch ist auf Basis der aktuellen Zahlen, die durchschnittliche monatliche bzw. jährliche Wertentwicklung?
- 9) Wie ist die Wertentwicklung des mit € 98,8 Mio. dotierten Cetium Fund?
- 10) Ist nach derzeitigem Wissensstand eine weitere Veräußerung von Wohnbauförderungsdarlehen (3. Tranche) geplant oder vorgesehen?
- 11) Wie verläuft die Kursentwicklung (Gesamtrendite) unter Berücksichtigung der Ausschüttungen?
- 12) Welche Unternehmen und Firmen sind für die Fibeg als Asset Manager tätig?
- 13) Erachten Sie es für zweckmäßig, die Prüfungsbefugnis des Landesrechnungshofes auf jene Firmen zu erweitern, an denen das Land eine Beteiligung von 25% oder mehr hält? Wenn nein, warum nicht?

LAbg. Helga Krismer-Huber